

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 7. April 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bernnat Böhringer Denzer Di Prima Glattacker Höfler (in Vertretung Escher) Jaenisch Krämer (in Vertretung Kiefer) Kurfeß (in Vertretung Berg) Lindemer Martin (in Vertretung Wiesiollek) Oehler Salach Vogel Vogelpohl Wernthaler (bis 19.30 Uhr)
Entschuldigt:	Berg, Escher, Kiefer, Wiesiollek
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Gerhäuser (bis 19.40 Uhr) Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic (ab 18.30 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß Fachbereichsleiter Welz (ab 19.40 Uhr) Betriebsleiter Droll Betriebsleiter Schäfer Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald Herr Fessler
Urkundspersonen:	Stadträtin Martin und Stadtrat Bernnat
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.45 Uhr

TOP 1

Jahresbericht Kriminalprävention, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt zunächst in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt Frau Fachbereichsleiterin Gerhäuser.

Fachbereichsleiterin Gerhäuser erläutert sodann den Jahresbericht zur kommunalen Kriminalprävention anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Der Vorsitzende erklärt, dass sich die Themen der kommunalen Kriminalprävention zwar jährlich unterscheiden würden, die Stadt Lörrach in den entsprechenden Bereichen und Aufgabenfeldern aber stets erfolgreich agiere.

Stadträtin Höfler bedankt sich für den Bericht und gibt an, dass sich die Stadt in der kommunalen Kriminalprävention in einer sehr guten Art und Weise engagiere.

Stadtrat Bernnat schließt sich seiner Vorrednerin an.

Stadtrat Werthaler hebt hervor, dass der Erfolg der kommunalen Kriminalprävention in Lörrach auf der Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure gründet.

Stadtrat Lindemer schließt sich seinen Vorrednern an.

TOP 2

Sachstandbericht zum Schulentwicklungsplanungsprozess (SEPP) nach Abschluss der Workshops im Rahmen des Projektes der Begleitforschung durch die Universität Tübingen

Vorlage: 039/2016

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass es heute nicht um die Betreuung an Grundschulen geht, künftig aber mehr Geld für die Bildung von Kindern anstatt in deren Betreuung investiert werden solle. Die neue Betreuung solle künftig stärker durch die Eltern finanziert werden. Die Verwaltung wolle den Gremien im April oder im Mai einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten. Die Inhalte des Schulentwicklungsplanungsprozesses im Bereich der Sekundarstufe I befänden sich nun in der öffentlichen, politischen Diskussion. Im Rahmen dieses Beteiligungsprozesses habe es Kritik an der Einbeziehung der Elternschaft gegeben. Es könne aber gesagt werden, dass von Anfang an alle wichtigen Akteure in den Prozess eingebunden gewesen seien. Es habe zwar noch keinen Gesamtelternbeirat gegeben, jedoch habe sich dieser nun im Laufe des Prozesses konstituiert. Der Elternbeiratsvorsitzende des Hans-Thoma-Gymnasiums habe gesagt, dass er sich gut in den Prozess eingebunden gefühlt habe. Insgesamt gebe es noch viele offene Fragen. Am 19. April 2016 solle in der Aula des Hans-Thoma-Gymnasiums eine Informationsveranstaltung stattfinden. Sodann werde

der Gemeinderat, auf der Grundlage eines Abschlussberichtes sowie der Vorlage der Verwaltung, eine Entscheidung treffen können. Die Verwaltung wollen nun noch einmal alle, sich aus den Workshops ergebenden Szenarien aufzeigen und erklären. Er halte Szenario 6 bisher für am sinnvollsten.

Fachbereichsleiter Sproß stellt sodann anhand einer Präsentation die verschiedenen Szenarien, welche sich im Rahmen der Workshops zum Schulentwicklungsplanungsprozess ergeben haben, vor (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und führt aus, dass das Szenario 6 für ihn sehr schlüssig sei. Die Szenarien seien auch im Ortschaftsrat Brombach diskutiert worden. Die Hellbergschule könne künftig eine Realschule oder eine Gemeinschaftsschule werden. Wichtig sei die Standortsicherung. Das Szenario 6 sei zudem die günstigste Lösung. Die sogenannte Variante 6b, welche nur zwei Gymnasien auf dem Campus vorsehe, werde weiterhin aufgearbeitet.

Fachbereichsleiter Sproß sagt, dass alle Grundschulen, mit Ausnahme der Albert-Schweitzer-Schule, erhalten bleiben sollen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Grundschule an der Albert-Schweitzer-Schule wohl keine Zukunft habe, eine Aufhebung aber von den Gremien diskutiert werden müsse.

Stadträtin Jaenisch bedankt sich für den Bericht. Finanzielle Mittel seien im Schulentwicklungsplanungsprozess gut angelegt. Man müsse nun in eine Diskussion einsteigen. Die Fraktion der CDU wolle beantragen, dass die Verwaltung nochmals das Gespräch mit den einzelnen Schulen sucht. Die Verwaltung müsse ebenfalls noch einmal mit den Elternvertretern über die Randbetreuung sprechen. Hierbei müsse auch das Binzener Modell berücksichtigt werden. Die Verwaltung müsse zeitnah ein Konzept über die Umsetzung und Finanzierung der Szenarien 6 sowie 6a erarbeiten und den Gremien vorlegen.

Stadtrat Bernnat führt aus, dass der Gemeinderat den Beteiligungsprozess in dieser Form beschlossen habe und nun ein Ergebnis vorliege. Das Ergebnis werde nicht von der Verwaltung vorgegeben, sondern sei das Ergebnis eines wissenschaftlich begleiteten Prozesses. Das Ergebnis müsse ernst genommen werden. Man müsse sich über die einzelnen Szenarien im Klaren sein und wissen, wie man die Zukunft gestalten wolle. Es seien verschiedene Szenarien möglich. Der Prozess an sich sei sehr aufwändig gewesen und habe viele Akteure eingeschlossen. Leider seien die Gymnasien und Realschulen in dem Prozess proportional unterrepräsentiert gewesen. Dies begründete jedoch keine Kritik an dem Verfahren beziehungsweise an dessen Ergebnis. Man habe zeitlich gesehen Druck und müsse nun handeln. Man brauche Lösungen, welche die Schulen entlasten. Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung sei nicht die Ursache für die anhaltenden Entwicklungen im Schulbereich. Diese Entwicklungen habe es auch vorher schon gegeben. Es sei heute wichtig, die Betreuung weiter auszubauen. Die Werkrealschulen würden unter den Entwicklungen der letzten Jahre leiden. Man müsse die Frage stellen, wo Werkrealschulen heute noch Bestand haben könnten. In der Diskussion über die Schulentwicklung dürfe man nicht nur das Trennende betonen, sondern müsse auch Gemein-

samkeiten hervorheben. Insgesamt werde es eine weiterführende Schule weniger geben und es müssten fünf Schularten auf vier Standorte verteilt werden. Der nördliche Schulstandort in Brombach sei sehr wichtig für die Schullandschaft in Lörrach. Auch die Standorte Grütt, Neumattschule und Campus dürften nicht aufgegeben werden. Man müsse sich fragen, welche Schularten auf welche Standorte verteilt werden sollen. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses müssten nun verstärkt diskutiert werden. Es müsse nun gemeinschaftlich nach einer guten Lösung gesucht werden. Die Schullandschaft werde sich definitiv verändern. Letztlich würden auch monetäre Aspekte eine Rolle spielen. Insgesamt müssten alle Schulen einen Mehrwert aus dem Schulentwicklungsplanungsprozess ziehen können.

Stadträtin Kurfeß bewertet den Schulentwicklungsplanungsprozess als gut. Die Ergebnisse müssten nun durchdiskutiert werden. Es sei von Nachteil gewesen, dass die Elternschaft der Gymnasien teilweise unterrepräsentiert gewesen sei. Man müsse die momentane Schullandschaft verlassen und der Fokus auf den Campus müsse entzerrt werden. Die Standorte Brombach und Neumatt müssten gestärkt werden. Die diversen Ganz- und Halbtagsangebote begrüße sie. Künftig müsse auch das Thema Inklusion stärker berücksichtigt werden. Die Randbetreuung dürfe indes nicht zu Gunsten allgemeiner Bildungsangebote aufgeweicht werden. Im Vordergrund müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Es müsse nun der künftige Bedarf erhoben und das Binzener Modell berücksichtigt werden. Das Szenario 6 stelle eine gute Variante dar, wobei sich die Fraktion der Grünen wohl eher für eine Gemeinschaftsschule am Standort Brombach aussprechen würde. Der Campus Wintersbuckstraße (Grütt) könnte sich durch die Anbindung an die beruflichen Schulen zu einer Bildungsmeile entwickeln. Hinsichtlich der Zukunft der Albert-Schweitzer-Schule müsse der Bedarf für eine weitere Realschule und zusätzliche Räume dafür eruiert werden. Man müsse eine solche Lösung gut planen und überlegen, inwiefern man bauliche Veränderungen an der Schule vornehmen könne, da das Gebäude der Albert-Schweitzer-Schule denkmalgeschützt sei. Die Neumattschule sei als Gymnasium ungeeignet. Die Schule sei in der Vergangenheit aufgehübscht und saniert worden. Somit sei die Schule für neue Aufgaben hergerichtet worden. Die Unterbringung eines Gymnasiums verursache jedoch erhebliche finanzielle Aufwendungen. Gerade die Einrichtung von Fachräumen sei sehr kostenintensiv. Auch das Szenario 5, die Unterbringung einer Gemeinschaftsschule in der Neumattschule, stelle eine schwierige Aufgabe dar, da viele Fachräume in dem Schulgebäude eingerichtet werden müssten. Man müsse beachten, welche Lösungen finanziell tragbar seien. Hierüber müsse nun diskutiert werden.

Stadtrat Lindemer plädiert dafür, die entwickelten Szenarien ernst zu nehmen und ernsthaft zu diskutieren. Die entwickelten Szenarien dürften nicht zerredet werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Auffassungen im Gremium hinsichtlich des zeitlichen Handlungsdruck durchaus variieren. Die Stadt habe in den letzten Jahren zwar viel Geld in die Schulen investiert, gleichzeitig aber wichtige Investitionen im Hinblick auf den Schulentwicklungsplanungsprozess zurückgestellt. In vielen Bereichen seien man dabei an Schmerzgrenzen gestoßen. Es müsse nun bald gehandelt werden. Dabei müsse man aber sorgsame Entscheidungen treffen. Die Fraktion der CDU könne den angesprochenen

Antrag stellen, jedoch sei die Verwaltung jederzeit offen für Gespräche mit allen Akteuren und auch mit den Fraktionen. Die Kosten der Szenarien 6 sowie 6b werde die Verwaltung zeitnah darstellen. Die Gymnasien seien insgesamt nicht so unterrepräsentiert gewesen wie beispielsweise die Realschule. Die Workshops geben im Ergebnis ein gutes Meinungsbild ab und zeigen auch eine Tendenz auf. Zum Erhalt der Werkrealschule sei man nach wie vor verpflichtet. Es dürfe aber nicht länger über einzelne Schulen diskutiert werden. Man müsse die Schullandschaft als Ganzes betrachten. Der Zeitplan des weiteren Vorgehens hänge von der Lösung ab. Die Thematik sei insgesamt sehr komplex und benötige Zeit. Die Einrichtung von Fachräumen in einer Schule Stelle nur noch Makulatur dar, wenn man die nötigen Investitionen insgesamt betrachtet. Auch die Albert-Schweitzer-Schule als Gemeinschaftsschule in der jetzigen Form habe einen hohen Ausbaubedarf. Auch der Bau einer Mensa sei hier Thema. Es müsse jetzt eine öffentliche Diskussion geführt werden, damit noch vor der Sommerpause eine Entscheidung getroffen werden kann.

Stadtrat Dr. Vogelpohl hält das Szenario 6 für eine interessante und charmante Lösung. Er wolle wissen, wie realistisch die Einrichtung eines Gymnasiums am Neumattstandort sei. Er fragt, ob in diesem Falle die dortige Grundschule erhalten bleibe und ob das Hebel-Gymnasium in der jetzigen Form weiter entwickelt werden könne.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Grundschule am Neumattstandort erhalten bleiben solle.

Stadtrat Dr. Vogelpohl fragt, ob die Verwaltung in der Frage nach einem Umzug eines Gymnasiums an den Neumattstandort hinsichtlich der Einrichtung von Fachräumen nicht zu optimistisch sei und ob die Unterbringung der Grundschule außerhalb der bisherigen Räumlichkeiten der Schule möglich sei.

Fachbereichsleiter Sproß sagt zu, die Einrichtung von Fachräumen nochmals überprüfen zu wollen. Die Unterbringung der Grundschule außerhalb der bisherigen Räumlichkeiten der Schule sei möglich, Details kenne man jedoch noch nicht.

Stadträtin Kurfeß thematisiert die Szenarien 5 und 6 und gibt an, dass für eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium am Neumattstandort 30 Klassenzimmer sowie neun Fachräume notwendig seien.

Fachbereichsleiter Sproß erklärt, dass ein mögliches Gymnasium und eine mögliche Gemeinschaftsschule am Neumattstandort jeweils neun Fachräume benötigen würden.

Der Vorsitzende hebt nochmals die Komplexität der Thematik hervor.

Stadtrat Böhringer moniert, dass für die angesprochenen Schulen sehr viel Geld ausgegeben werde, während für andere Schulen, wie beispielsweise die Grundschulen in Haagen und Hauingen, kein Geld mehr übrig bleibt.

Der Vorsitzende weist auf den ebenfalls hohen Investitionsbedarf an der Fridolinschule hin.

Im Folgenden äußern sich verschiedene Bürger zu der Thematik des Tagesordnungspunktes. Es sind dies Herr Albrecht Schmidt, Rektor des Hebelgymnasiums, Frau Ciara Lesaro-Tadic, Schülersprecherin des Hebelgymnasiums, Herr Jörg Lienin, Lehrer an der Albert-Schweitzer-Schule, Frau Johanna Büchner, Personalrätin am Hebelgymnasium sowie Frau Benner-Boll, Konrektorin an der Theodor-Heuss-Realschule.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen der Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales sowie der Bürger.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

TOP 3

Hans-Thoma-Gymnasium - Elektrosanierung in Verbindung mit der Brandschutzsanierung

Vorlage: 029/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Planung und der Kostenberechnung für die Sanierung der Elektroverteileranlagen am Hans-Thoma-Gymnasium in Höhe von 275.000 € wird zugestimmt.
2. Das Planungsbüro EPS Flöss in Maulburg wird mit der Planung und Ausschreibung für die Sanierung der gesamten Elektroanlage beauftragt. Die Projektsteuerung erfolgt durch den Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement.

TOP 4

Vergaberichtlinien für die Sporthalle Tumringen

Vorlage: 037/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Höfler fragt, ob der Punkt 2.4, die vorgeschriebene Auslage einer Bodenabdeckung noch notwendig und noch zeitgemäß sei.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass in Hauingen auch noch ein solcher Boden ausgelegt werden müsse.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Die Thematik der Hallenvergaben in den Ortsteilen müsse jedoch nochmals diskutiert werden.

Stadtrat Denzer wolle der Vorlage insgesamt zustimmen. Die Nutzung der Halle müsse jedoch, gerade im Hinblick auf Konzerte und eventuelle Sonderkonditionen, genauer definiert werden. Die angedachte Bodenabdeckung sei jedenfalls notwendig.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Begrifflichkeit "Konzerte" noch aufgenommen werden könne. Die Thematik der Hallenvergaben in den Ortsteilen sei erst vor zwei oder drei Monaten im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales thematisiert worden.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass der Sportboden in der Halle sehr empfindlich sei und bei entsprechenden Veranstaltungen abgedeckt werden müsse. Es gebe auch Veranstaltungsbetriebe, die solche Abdeckungen vermieten würden.

Stadträtin Martin zeigt sich darüber überrascht, dass Tumringen nun als eigenständiger Ortsteil betrachtet werde. Sie wünsche sich, dass die neue Halle auch der Seniorenarbeit neue Möglichkeiten eröffne.

Der Vorsitzende gibt an, dass Tumringen nicht als eigenständiger Ortsteil betrachtet werde. Von Seiten der Seniorenarbeit sei bisher noch kein Bedarf an Hallen als Veranstaltungsort für Veranstaltungen angezeigt worden. Grundsätzlich sei die Halle für Sportveranstaltungen errichtet worden. Für die Seniorenarbeit gebe es in der Stadt sicherlich auch andere Räumlichkeiten.

Fachbereichsleiter Sproß ergänzt, dass die Halle grundsätzlich für alle Bürger, für Jung und Alt, errichtet worden sei.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Den Vergaberichtlinien wird zugestimmt.

TOP 5

Teilsanierung der Gymnastikhalle Theodor-Heuss-Realschule

Vorlage: 034/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Baumaßnahme „Teilsanierung der Gymnastikhalle“ wird zugestimmt.
2. Die Kostenberechnung für die Teilsanierung der Gymnastikhalle in Höhe von 250.000,- € wird genehmigt.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Zweite Linie Krematorium

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die zweite Linie im Krematorium nun ihren Betrieb aufgenommen habe und deshalb die erste Linie nun zeitweise, aufgrund einer Sanierung, eingestellt werde.

Holzbrücke Bundesstraße 317

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Holzbrücke über der Bundesstraße 317 nun saniert werde.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Auftrag für die Sanierung der Brücke nun erteilt worden sei und diese bis Ende Juni 2016 beziehungsweise Anfang Juli 2016 fertiggestellt werden solle.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

Auftragsvergabe Sanierung Holzbrücke Bundesstraße 317

Stadtrat Böhringer wolle wissen, wer den Auftrag zur Sanierung der Holzbrücke über der Bundesstraße 317 vergeben habe.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Auftrag vom Regierungspräsidium Freiburg vergeben worden sei.

TOP 8

Offenlegungen

TOP 8.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 3. März 2016

TOP 8.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung am Donnerstag, 3. März 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: